

SPD Fraktion im Rat der Stadt Rietberg

Ratssitzung 13.12.2011

TOP 5.2. Haushaltswirtschaft 2012

Haushaltssatzung der Stadt Rietberg

Stellungnahme der SPD-Fraktion
zum Haushaltsplanentwurf 2012

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
meine Damen und Herren,

am meisten interessiert heute die Frage, um wie viel Prozentpunkte werden die Realsteuern erhöht und nicht, ob sie erhöht werden.

Wir haben das alle (auch die CDU-Fraktion) seit einem halben Jahr gewusst, aber man tut so, als ringe man bis heute zur Ratssitzung, ob eine Realsteuererhöhung noch zu vermeiden sei. Die Schuldzuweisung an die Landesregierung ist heuchlerisch. Wir alle wissen, dass die prekäre Lage der Kommunalfinanzen ursächlich genauso der Bundesregierung und der Schwarz- Gelben Vorgängerregierung in NRW zu verantworten haben.

Wir haben gerade die Mehrheitsfraktion gehört und man kann sagen, die Katze ist aus dem Sack. Spannend wird ja sein, wie der Bürgermeister sich bei der Abstimmung verhält, denn er hat ja bei Einbringung des Haushalts gesagt, dass er gegen Steuererhöhungen ist und die Entscheidung der Politik überlässt. Das ist eine gute Empfehlung!

Auch die SPD-Fraktion hat sich hierzu positioniert.

Lassen Sie mich aber bitte vorher noch einige grundsätzliche Anmerkungen machen zu einzelnen Produkten.

Ich möchte das heute nur in einigen exemplarischen Beispielen machen. Die Beispiele mögen dafür stehen, wie die Haushaltsgrundsätze z. B. der „Haushaltswahrheit“ und „Haushaltsklarheit“ in diesem Entwurf verwirklicht sind.

Skaterpark

Ein Musterbeispiel der Irreführung von Bürgern (hier von unseren Jugendlichen) ist der Bau einer Skateranlage. Die Lösung am Bahnhof, so ist den Nachbarn versichert worden, ist eine provisorische Lösung für ein Jahr. Die SPD Fraktion hat im Sommer den Antrag gestellt mit der Gartenschau GmbH eine Lösung zu finden **im Gartenschaugelände**. Der Bürgermeister hat diesem Antrag keine Chance gegeben überhaupt diskutiert zu werden, weil Nachbarn durch Lärm gestört würden. Im gesamten Gelände des Parks gebe es keine Fläche, die geeignet sei.

Im Etatentwurf finden wir plötzlich 200 000 € angesetzt im Produkt Jugendarbeit, wovon 140 000 € Landeszuweisungen sind. Kein Mensch hatte eine Erklärung, warum das Land uns 140 000 € für eine Skateranlage bezahlen sollte, bis sich herausstellt, dass das Landeszuweisungen für die Neugestaltung des Historischen Ortskerns sind. Wer glaubt den wirklich, dass im gesamten Gelände des Parks keine Fläche aus Lärmschutzgründen möglich ist, aber am Südwall, dort wo die verwaiste Rettungswache noch steht, ist Lärmschutz scheinbar kein Problem. Meine Damen und Herrn, so sinnvoll wir auch die Erstellung eines „Integrierten Handlungskonzeptes „ für die Innenstadt gehalten haben und dem zugestimmt haben, so ist doch auch klar, dass alles damit auch nicht möglich ist. Wir sind sicher, dass eine Skateranlage am Südwall aus Lärmschutzgründen leider nicht zu realisieren ist und wir sollten den Skatern da nichts vormachen.

Schulen

Auf Landesebene haben CDU, SPD und Grüne sich in einen historischen Kompromiss auf die Sekundarschule geeinigt. Sie haben die Hauptschule beerdigt. In Rietberg wurde der Hauptschule mit neuem Namen als Profilschule ausdrücklich bestätigt. Die Nachbarstädte und Gemeinden sind dabei oder haben sich positioniert. Sie werden Gesamtschulen oder Gemeinschaftsschulen gründen. Wir werden wieder einmal die Regel zu spüren bekommen „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben“. Oder glaubt jemand, dass nach dem Anmeldeverhalten der vergangenen Jahre und dem Schulkompromiss von Düsseldorf die Hauptschule genügend Schüler bekommt um weiter existieren zu können.

Sporthalle Neuenkirchen

Manchmal ist der einfache Weg zu schauen, was ist vorhanden, bevor man Neues plant, besser. In der letzten Bau, Planungs- und Verkehrsausschuss hat die „architektur – werkstatt – paderborn“ uns die Alternative „Erhalt und Umbau des Baukörpers der alten Schwimm- und Sporthalle in Neuenkirchen“ vorgestellt. Wir würden uns sehr freuen, wenn diese Variante ergebnisoffen in Neuenkirchen diskutiert würde.

Nicht in Ordnung ist, dass diese Lösung aus dem Hut gezaubert wurde und am Tag vor der Bau, Planungs- und Verkehrsausschuss die Sportvereinsvorsitzenden darüber informiert wurden, dass darüber beraten würde. Die Mitglieder des Ausschusses erfuhren erst in der Sitzung, dass der Sporthallenneubau Thema sei. So geht man nicht mit den Beteiligten um (Rat und Neuenkirchener Vereine) um.

Beleuchtungskonzept

Die Umstellung auf LED in der Straßenbeleuchtung ist sicher der richtige Schritt in die Zukunft. Kompliment für den Bürgermeister, dass die Stadt Rietberg sich an dem Bundeswettbewerb beteiligt hat und Dank an die Mitarbeiter für ausgezeichnete Leistung in der Vorbereitung und Durchführung der Maßnahmen.

Schön wäre aber, wenn die Öffentlichkeit durch den Haushaltsplan erfahren würde, was letztendlich an Energieeinsparungen da zu erzielen ist.

Im Haushaltsplan ist im Produkt „Verkehrsflächen“ unter Stromverbrauch die Anzahl der Leuchtenpunkt zwar gleichgeblieben in den Jahren bis 2015 der Stromverbrauch in (kwh) leider auch. Es wäre schön, wenn man sehen könnte, dass Einsparungen sich im Haushaltsplan niederschlagen.

Gewerbsteuer

Ein Punktlandung war der Ansatz der Gewerbesteuer im Haushalt 2011 von 14,9 Mio € wahrlich nicht auf. Wir haben mindestens 16 Mio € vorhergesagt. 17 Mio € werden es werden. Auch in den vergangenen Jahren wurde zweckpessimistisch angesetzt und das ist nicht in Ordnung, weil es Haushaltsgrundsätzen widerspricht.

Den Ansatz für 2012 von 16 Mio € halten wird in so unsicheren Zeiten der Eurokrise, die noch nicht überwunden ist, zwar für sehr

pessimistisch oder dennoch nicht für völlig unrealistisch wir in den vergangenen Jahren.

In der Gesamtbetrachtung der Eckwerte des Etats erleben wir eine gewisse Widersprüchlichkeit. Wir erfahren, auch wenn wir unseren Haushalt nicht ausgleichen können, dass wir eine reiche, eine sogenannte **abundante Gemeinde** sind. Dieses wichtige Wort müssen wir erst mal begreifen. Abundäre (lat.) kommt von überfließen. Man vermittelt uns, dass wir Geld in Überfluss haben und in den nächsten Jahren anderen davon abgeben müssen. Wir gehören zu den 66 reichsten Gemeinden in NW gehören.

Wie ist das möglich?

Wir haben in der Vergangenheit viel Geld verschenkt, weil wir wesentlich unter den fiktiven Hebesätzen geblieben sind, der Gesetzgeber aber bei den Berechnungen der Schlüsselzuweisungen so tut, als würden wir den fiktiven Hebesatz von den Grundstückseigentümern und Gewerbetreibenden verlangen.

Das GFG, das die **Fiktiven Steuerhebesätze** festlegt, folgt dem Gutachten des ifo – Instituts.

Die Bewertung der Realsteuereinnahmen in der Steuerkraftmesszahl anhand fiktiver Hebesätze ist **laut ifo – Gutachten zwingend notwendig**.

Und wenn wir jetzt als abundante Stadt angesehen werden und folglich keine Schlüsselzuweisungen mehr bekommen, dann liegt das daran, dass wir uns **selber reich gerechnet** haben, in dem wir uns den Luxus erlaubt haben, unsere Hebesätze in der Vergangenheit weit unter die fiktiven Hebesätze festzulegen.

Begründet wurde und wird ein niedriger Steuerhebesatz damit, dass man dadurch in Konkurrenz mit den Nachbargemeinden Wirtschaftsförderung betreibt. Wir halten diese Politik für falsch. Nicht der niedrigste Gewerbesteuerhebesatz wird die Entscheidung ausschlaggebend beeinflussen sich in Rietberg niederzulassen.

Andere Standortfaktoren auch die s .g. weichen Standortfaktoren sind in der jüngsten Vergangenheit immer wichtiger geworden, vor allem für innovative Betriebe. Verkehrsanbindung, Umwelt-, Lebens-, Wohn-, Einkaufsbedingungen und das kulturelle und schulische Angebot sind von entscheidender Bedeutung. Und mit diesen Bedingungen kann Rietberg sicher im Vergleich zu den Nachbarstädten und Gemeinden punkten.

Der Vorschlag der Verwaltung in der Haupt- und Finanzausschusssitzung die Grundsteuern auf den fiktiven Hebesatz

anzuheben und mit dem Gewerbesteuerhebesatz einen Punkt unter dem der Nachbarn zu bleiben ist nicht akzeptabel. Es ist ungerecht die Hausbesitzer und Mieter bluten zu lassen und die Gewerbetreibenden zu schonen: Wenn argumentiert wird, wie die CDU das macht, dass man den Gewerbestandort Rietberg attraktiv gestalten muss, dann fragen wir uns : warum soll man nicht den Wohnort Rietberg durch niedrigere Steuern attraktiv halten. Der Steuerpolitik von Bürgermeister und CDU-Fraktion ist nicht schlüssig. Es geht nur nach Rankinggesichtspunkten, (einen Prozentpunkt unter dem der Nachbarstädte zu bleiben).

Jüngste Meinungsumfragen haben gezeigt, dass populistische Steuerpolitik nicht gut ankommt. Gerecht bzw. ausgeglichen müssen die Steuern erhoben werden und das ist der Vorschlag der Verwaltung und CDU nicht.

Beschlussvorschläge unter den Fiktiven Hebesätzen zu bleiben, bringt nur eine Lösung für ein Jahr. Wenn wir davon ausgehen, dass die Fiktiven Hebesätze in den nächsten Jahren so bleiben, sollte wir jetzt den Schritt machen, sie anzusetzen, damit die Steuerpolitik für die Gewerbetreibenden und Grundstückseigentümer verlässlich ist.

Zusammenfassend zu diesem Punkt muss man festhalten. Wenn die Realsteuern nicht erhöht werden, müssen wir ein HSK aufstellen. Ein HSK bedeutet Bevormundung durch den Kreis.

Wesentliche weitere Einsparungen sind nicht möglich. Vor allem können wir nicht weiter am Personal sparen, wie Vergleiche uns sehr deutlich gezeigt haben.

Ein HSK kann nur vermieden werden, wenn die Realsteuern erhöht werden. Und ein HSK wollen wir von der SPD vermeiden.

Verpflichtungsermächtigungen

Eine Verpflichtungsermächtigung ist ein Wechsel, der über das jeweilige Haushaltsjahr hinaus für die dann folgenden Jahre einzulösen ist. Es gilt der Grundsatz, dass Verpflichtungsermächtigungen nur dann im Haushaltsplan angesetzt werden dürfen, wenn sichergestellt ist, dass in den Haushaltsjahren, in denen die Verpflichtungen tatsächlich zu Ausgaben bzw. Auszahlungen führen, auch entsprechende finanzielle Mittel zur Verfügung stehen. Meine Damen und Herren, wer glaubt daran, dass die 750 000€ Verpflichtungsermächtigung 2012 für den Kreisverkehr an der Lange- Detmolder- Platzstraße in den Jahren 2013 bzw., 2014 kassenwirksam werden können. Das Land wird der Kreisverkehr nicht zahlen. Diese Verpflichtungsermächtigung ist eine

Beruhigungspille und hat nur eine Funktion, den Bau des neuen Rewe-Marktes voranzutreiben. Wir prognostizieren, der Kreisel wird 2013 nicht gebaut. **Diese VE muss gestrichen werden!**

Wir beantragen die Realsteuersätze auf den Fiktiven Steuerhebesatz anzuheben.

Verehrte Damen und Herren, ich möchte diese Gelegenheit nutzen mich bei den Mitarbeitern der Verwaltung im Namen der SPD-Fraktion für ihre hervorragende Arbeit zu bedanken. Sie haben sicherlich keinen Anteil daran, dass die Stadt in eine finanzielle Schieflage gekommen ist. Sie haben wesentlichen Anteil daran, dass die Bedingungen für Einwohnerinnen und Einwohner von Jahr zu Jahr besser werden.

Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit!

Für die SPD –Fraktion

Gerd Muhle